

## Antiliberalismus als Antiverbalismus: der Kampf zwischen Wort und Tat am Beispiel der Boulangismuskrise (1885–1889)

### I. Einleitung

Die Frage, was den Liberalismus letztlich ausmacht, hat diesen Begriff von Anfang an begleitet. Eher als durch einen festen Wesenskern wurde er seit seiner Entstehung durch ein diffuses Netz von mehr oder weniger eng miteinander verbundenen Konnotationsfeldern definiert, die von Freiheit und Fortschritt über Rationalität und Reform bis hin zu Partizipation und Pluralismus und darüber hinaus reichten. In einer klassischen Arbeit hat Jörn Leonhard gezeigt, wie in verschiedenen historischen Konstellationen seit dem späten 18. Jahrhundert jeweils unterschiedliche Bedeutungsstränge hervorgehoben und je nach politischer Perspektive positiv oder negativ gewertet wurden.<sup>1</sup> Denn genauso wie Liberale unterschiedlicher Couleur sich über die genaue Definition der Ideologie stritten, war auch das, was von ihren antiliberalen Gegnern abgelehnt wurde, keineswegs immer dasselbe.

Im Versuch, den „Liberalismus als Feindbild“ auf den Punkt zu bringen, haben Ewald Grothe und Ulrich Sieg auf die „erstaunliche Intensität und Konsistenz“ dieser ideologischen Antipathie hingewiesen.<sup>2</sup> Seit dem 19. Jahrhundert grenzten sich Reaktionäre und Konservative, Sozialisten und Kommunisten sowie viele weitere Gruppen von einer Strömung ab, die sie zumindest als auf dem Vormarsch, wenn nicht gar als hegemonial betrachteten. Doch während an der Intensität dieser Anfeindungen kein Zweifel bestehen kann, verweisen die Beiträge in dem Sammelband der beiden Historiker doch eher auf die Vielfalt der unter dem Oberbegriff des Antiliberalismus versammelten Motive und Perspektiven als auf die Konsistenz einer systematischen antiliberalen Doktrin. Je nach Kontext rückten

1 Jörn Leonhard: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*. München 2001.

2 Ewald Grothe/Ulrich Sieg: *Liberalismus als Feindbild. Eine Einleitung*. In: Dies. (Hrsg.): *Liberalismus als Feindbild*. Göttingen 2014, S. 7–18, hier S. 7. Siehe auch die weiteren Beiträge dieses Bandes.

einzelne Aspekte – das Parteiwesen, der Freihandel, die Demokratie, der Parlamentarismus, die Republik, der Fortschritt – in den Vordergrund und andere in den Schatten, so dass sich der Antiliberalismus letztlich eher als Gewebe überlappender Positionen und Themen denn als eindeutig identifizierbare Ideologie erweist.

Diese Beobachtung ist nicht neu. Schon 1993 stellte Stephen Holmes seiner „Anatomy of Antiliberalism“ die Warnung voran, dass ihr Gegenstand „no more monolithic than liberalism itself“ und eher als „mindset“ oder „sensitivity“ denn als systematisches Theoriegebilde zu verstehen sei. Gemeinsam sei den pluriformen Spielarten des Antiliberalismus vor allem eine situativ variable Ablehnung von „individualism, rationalism, humanitarianism, rootlessness, permissiveness, universalism, materialism, skepticism, and cosmopolitanism“, also einer ganzen Palette von Phänomenen, die in seinen Augen „symptoms of cultural decay and moral disintegration in the modern world“ darstellten.<sup>3</sup>

Für die Erforschung des Antiliberalismus muss diese konzeptuelle Ungreifbarkeit nicht notwendigerweise ein Problem darstellen. Gerade der Verzicht auf die Suche nach einer endgültigen Definition öffnet die Möglichkeit, die Variabilität der unter dem Begriff erfassten Phänomene selbst zum Gegenstand historischer Untersuchungen zu machen. Unter diesem Gesichtspunkt erhält dann auch die Vielfalt der in diesem Forschungsfeld kursierenden Analysebegriffe – neben Antiliberalismus wären etwa Illiberalismus, Autoritarismus, Gegenaufklärung, Antikapitalismus, Populismus, Reaktion und Kulturkritik zu nennen – eine andere Gestalt. Denn ihre meist ungeklärten Verhältnisse zueinander und zumindest partielle Überschneidungen sind nicht einfach nur das Ergebnis einer babylonischen Sprachverwirrung oder einer unzulänglichen analytischen Typologie. Zumindest teilweise spiegelt sich darin auch einfach eine komplexe Sachlage auf der Ebene der historischen Phänomene wieder.

Im Folgenden soll an einem Fallbeispiel gezeigt werden, in welche Richtung eine Analyse der verschiedenen Varianten des Antiliberalismus weiterentwickelt werden könnte und welcher Gewinn mit ihr einhergeht. Da es sich dabei nicht um eine umfassende Analyse, sondern eher um einen exemplarischen Denkanstoß handeln soll, wird der konkrete Untersuchungsgegenstand in zweifacher Hinsicht möglichst eng abgesteckt.

3 Stephen Holmes: *The Anatomy of Antiliberalism*. Cambridge 1993, S. 5. Vgl. ganz ähnlich, wenn auch unter einem anderen Oberbegriff: András Sajó/Renáta Uitz/Stephen Holmes: Preface. In: Dies. (Hrsg.): *Routledge Handbook of Illiberalism*. New York, London 2022, S. xxi–xxv, sowie die weiteren Beiträge dieses Bandes.

Zum einen soll ein spezifisches Element des Antiliberalismus hervorgehoben werden, das bislang relativ geringe Aufmerksamkeit erfahren hat: die Ablehnung der Politik des Wortes. Es soll gezeigt werden, wie der Liberalismus in einem bestimmten historischen Kontext von seinen Gegnern primär mit einer besonderen Form der Herrschaft assoziiert wurde, die sich im Medium des Wortes konstituierte und vollzog. Inhaltlich war diese Vorstellung alles andere als eindeutig. Während sich andere antiliberale Zielscheiben wie der Freihandel, der Individualismus oder die Bürgerrechte nicht selten in breit ausgemessenen theoretischen Widerlegungen niederschlugen, zeigte sich die Abkehr von der Verbalpolitik eher in einem relativ unspezifischen Bündel von öffentlichen Rhetoriken, performativen Handlungsmustern und Organisationsformen.

Zum anderen wird das Thema durch den Fokus auf eine absichtlich eng gefasste Fallstudie – die französische Boulangismuskrise – eingeschränkt. Die politische Strömung um den ehemaligen General Georges Boulanger, der die Dritte Republik in den späten 1880er Jahren herausforderte, eignet sich besonders für die gewählte Fragestellung. Während die ereignisgeschichtlichen und strukturellen Zusammenhänge der Krise hinlänglich bekannt sind, ist der politische Charakter der boulangistischen Bewegung, deren Resonanz von den Monarchisten verschiedener Couleur über die Bonapartisten bis zur radikalen Linken reichte, bis heute ungeklärt.<sup>4</sup> In ihrer Ablehnung des politischen Status quo vermischten sich Nationalismus, Antiparlamentarismus, Militarismus, Populismus, Antisemitismus und eine Vielzahl weiterer Motive. Indem im Folgenden gezeigt wird, wie die Auseinandersetzungen zwischen den Boulangisten und ihren Gegnern von beiden Seiten als Kampf um das politische Wort gerahmt wurde, soll neues Licht auf diese verworrene Konstellation geworfen werden.

Dabei geht es hier ausdrücklich nicht darum, endlich den *wahren* Charakter dieses politischen Phänomens zu ergründen. Vielmehr soll deutlich gemacht werden, warum die Bewegung trotz des Fehlens eines solchen Kerns Erfolg haben konnte. Aus einem notwendigerweise knappen Überblick über verschiedene Aspekte der Bewegung ergibt sich das Bild einer historischen Konstellation, in der durch die Bezugnahme auf eine breit geteilte antiverbalistische Semantik eine politische Positionierung vollzogen wurde, die inhaltlich unspezifisch, aber gerade deswegen für breite und heterogene Teile der Bevölkerung anschlussfähig war. Darüber hinaus wird

4 Vgl. Kevin Passmore: *The Right in France from the Third Republic to Vichy*. Oxford 2013, S. 45–72.

deutlich, wie sich der Kampf um die Politik des Wortes nicht nur in der politischen Rhetorik, sondern auch in der performativen Praxis der Boulangisten und ihrer Gegner niederschlug.

Der Beitrag geht in drei Schritten vor. Zunächst wird knapp dargelegt, wie der Fokus auf das antiverbalistische Element des Boulangismus an zeitgenössische Sichtweisen anknüpfen und so auch zur Forschungsdebatte zu diesem Thema einen eigenen Beitrag leisten kann. Diese Verschiebung des Analyseschwerpunktes, so die These, macht es möglich, bestehende Deutungsansätze, die sich etwa auf den Antiliberalismus, den Antiparlamentarismus oder den Populismus beziehen, miteinander zu verknüpfen und um eine neue Dimension zu ergänzen. Die beiden weiteren Abschnitte vertiefen den gewählten Ansatz in jeweils unterschiedliche Richtungen. Während der zweite sich mit der rhetorischen Positionierung der Boulangisten und ihrer Gegner auseinandersetzt, geht der dritte und letzte näher auf die performative Dimension ein. Denn die Gegenüberstellung von Wort und Tat wurde nicht nur im Medium des Wortes, sondern auch in dem der Tat verhandelt.

## *II. Der Boulangismus im Kontext der Dritten Republik*

In einer monumentalen Studie hat Bertrand Joly den Boulangismus einer detaillierten, multiperspektivischen Analyse unterzogen.<sup>5</sup> Nach einem Überblick über die Ursachen, die Entwicklung und den Untergang der Bewegung fragt der Autor zum Schluss seiner Studie, was sein Gegenstand nun am Ende gewesen sei. Die im Titel angedeutete Antwort, dass sich die Studie mit den „origines du populisme“ auseinandersetze, ist nur scheinbar eindeutig. Denn Joly definiert den Populismus weniger als eigenes politisches Programm denn als demagogische Strategie, den Mangel einer eigenen Programmatik durch „la propagande réduite à la personnalisation et au ressentiment“<sup>6</sup> zu überdecken. Der Personenkult um den charismatischen General habe ein Sammelbecken für verschiedenste politische Strömungen

5 Bertrand Joly: *Aux Origines du populisme. Histoire du boulangisme (1886–1891)*. Paris 2022.

6 Ebd., S. 728. Vgl. auch schon Roger Dupuy: *La Politique du peuple XVIII<sup>e</sup>–XX<sup>e</sup> siècle. Racines, permanences et ambiguïtés du populisme*. Paris 2002, S. 177–198; Dietmar Osthus: *De Boulanger à Poujade – les traditions de la rhétorique populiste en France*. In: Sandra Issel-Dombert/Aline Wieders-Lohéac (Hrsg.): *Die Krise als Krieg. Weltanschauungs- und Wortkampf populistischer Bewegungen in Krisenzeiten*. München 2019, S. 35–54.

kreiert, die sonst nur in der Ablehnung des politischen Status quo gewisse Schnittmengen gefunden hätten.

Boulanger, der nach einer erfolgreichen Militärkarriere im Januar 1886 zum französischen Kriegsminister ernannt wurde, wurde zur Projektionsfläche für diffuse, aber weit verbreitete Ressentiments gegen das republikanische Establishment. Vor allem die Ereignisse des Jahres 1887 gaben der Suche nach einer starken Alternative Auftrieb. Die Festnahme des französischen Zollbeamten Guillaume Schnaebelé durch die deutsche Polizei befeuerte den Streit mit dem Nachbarn jenseits des Rheins und setzte den Gedanken an eine Revanche für die Kriegsniederlage von Sedan 1870 erneut auf die Agenda. Im selben Jahr wurde bekannt, dass eine Gruppe von Abgeordneten – darunter der Schwiegersohn des Präsidenten Jules Grévy – in großem Stil illegal Ehrenabzeichen verkauft hatte. Solche Ereignisse verschärften den öffentlichen Unmut gegen das republikanische Regime, das immer stärker mit Korruption, Zwietracht und der Kumpanei einer vom Volk entfremdeten Politikerkaste in Verbindung gebracht wurde.<sup>7</sup> In dieser Situation erschien Boulanger vielen als starker Führer, der die Einheit der französischen Nation nach innen und außen wiederherstellen und sichern könne.

Joly skizziert den Boulangismus als eine Bewegung mit einem im Wesentlichen negativen Charakter. Ihr Zusammenhalt habe sich vor allem aus der geteilten Ablehnung einer ganzen Reihe von Phänomenen ergeben, die mit dem aktuellen republikanischen Regime mehr oder weniger plausibel in einen Zusammenhang gebracht werden konnten. Da die Boulangisten durch den gescheiterten Versuch eines Staatsstreichs sowie die Flucht und den Selbstmord des Generals nie wirklich in die Lage gekommen seien, politische Verantwortung übernehmen zu müssen, seien sie auch nie gezwungen worden, sich zwischen ihren „diverses et pour le moins contradictoires virtualités“ zu entscheiden. Als politisches Phänomen sei der Boulangismus einerseits eine Reaktion auf die politische Lage der Dritten Republik nach 1879, als sich das republikanische Regime nach dem Rücktritt des monarchistisch gesinnten Präsidenten Patrice de Mac-Mahon endgültig etabliert zu haben schien. Andererseits verweise er aber auch auf die Zukunft: als Anfangspunkt einer ganzen Reihe von Krisen des Parlamentarismus, „qui va semer le doute dans toute l'Europe libérale et l'obliger peu à peu, la guer-

7 Vgl. zu diesem Aspekt mit weiteren Literaturhinweisen Anna Rothfuss: Korruption im Kaiserreich. Debatten und Skandale zwischen 1871 und 1914. Göttingen 2019, S. 130–137.

re aidant, à s'adapter au nouvel environnement, à modifier ses conceptions et à gouverner autrement“.<sup>8</sup>

Es mag überflüssig erscheinen, dem über 800 Seiten umfassenden Opus magnum eines der prominentesten Historiker der Dritten Republik noch etwas hinzuzufügen. Doch bringt gerade die zumindest scheinbar erschöpfende Vollständigkeit von Jolys Deutung den analytischen Mehrwert einer Neuperspektivierung, die auf den Aspekt des Antiverbalismus fokussiert ist, umso deutlicher zum Tragen. Die Hervorhebung dieses Motivs bildet den Versuch, zu verstehen, wie die verwirrende Mischung aus Antirepublikanismus, Nationalismus, Korruptionskritik, Antiparlamentarismus, Autoritarismus, Antisemitismus und Elitenkritik im gegebenen Kontext eine rhetorisch und performativ überzeugende Rahmung finden konnte, welche sich in viele Richtungen als anschlussfähig erwies.

Wie in früheren Studien zum Thema ist der zentrale Analysebegriff in Jolys Boulangismus-Deutung nicht Antiliberalismus, sondern Antiparlamentarismus. Dabei kann sich der Autor auf die zeitgenössische Perspektive beziehen. Während der Liberalismusbegriff in der Dritten Republik vor dem Hintergrund des sogenannten *empire libéral*, der Spätphase des Zweiten Kaiserreichs, eher vermieden wurde, beobachteten viele Zeitgenossen den Aufstieg Boulangers als Symptom einer allgemeinen Krise des Parlamentarismus, die seit den 1880er Jahren von Intellektuellen in ganz Europa diagnostiziert wurde. In der Tat spielte die Ablehnung des Parlaments in der boulangistischen Rhetorik eine Schlüsselrolle.<sup>9</sup> Die „wahre“ Republik wurde von der aktuellen „république parlementaire“ ebenso abgegrenzt wie die „wahre“ Demokratie vom parlamentarischen Repräsentationssystem, das eine oligarchische Kaste von korrupten Politikern hervorgebracht habe, die sich um den eigentlichen Volkswillen nicht länger kümmere. Der Volksverrat der Eliten sei durch die Diktatur des Parlaments besiegelt, so dass ein Jahrhundert nach der großen Revolution von 1789 das „bon plaisir du roi“ vom „bon plaisir du Parlement“ ersetzt worden sei.<sup>10</sup>

Der Antiparlamentarismus des späten 19. Jahrhunderts war ein gesamt-europäisches Phänomen.<sup>11</sup> Allerdings erhielt er im französischen Kontext

8 Joly: *Aux Origines* (wie Anm. 5), S. 728.

9 Vgl. Tuula Vaarakallio: „Rotten to the Core“: Variations of French Nationalist Anti-System Rhetoric. *Jyväskylä* 2004, S. 37–56; Jean Garrigues: *Le Boulangisme est-il antiparlementaire?* In: Ders./Jean-Claude Caron (Hrsg.): *L'Antiparlamentarisme en France*. Clermont-Ferrand 2013, S. 49–58.

10 La Candidature officielle. Appel de la Ligue des Patriotes. In: *La Presse*, 24.1.1889, S. 1.

11 Vgl. die Beiträge in Marie-Luise Recker/Andreas Schulz (Hrsg.): *Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa*. Düsseldorf 2018.

eine besondere Schärfe und Ausprägung.<sup>12</sup> Die Dominanz der Legislative im Verfassungsgefüge der Dritten Republik hatte zur Folge, dass jede Art von politischer Opposition fast notwendigerweise auf das Parlament fokussiert wurde, dem mit einiger Plausibilität die Verantwortung für jeden beliebigen Missstand zugeschrieben werden konnte. Bei der Gründung der Republik hatte es noch ein gewisses Mächtigegleichgewicht mit der Exekutive gegeben. Das Präsidentenamt war mit starken Kompetenzen ausgestattet – auch weil die Monarchisten, die zwar unter sich zerstritten waren, aber insgesamt eine Mehrheit bildeten, es als vorübergehende Institution betrachteten, die von einem wirklichen Fürsten ersetzt werden sollte, sobald die politische Zeit dazu reif sei. Als Präsident Patrice de Mac-Mahon 1877 allerdings versuchte, die republikanische Regierung Jules Simon aufzulösen, stellte sich die Mehrheit der Deputiertenkammer gegen ihn und sprach ihm das Misstrauen aus. Nach der Auflösung der Kammer und Neuwahlen verloren die Monarchisten ihre Mehrheit zunächst in der Deputiertenkammer und 1879 auch im Senat. Mac-Mahon trat zurück und wurde vom Republikaner Jules Grévy ersetzt.

Die Krise von 1879 wurde von vielen als zweite Gründung des Regimes betrachtet. Nicht nur die Republik, sondern auch die politische Vorherrschaft des Parlaments schien auf lange Zeit gesichert. Die andere Seite dieser Medaille war allerdings, dass die antiparlamentarische Rhetorik sich immer mehr zu einem Artikulationsmodus für ein breites Spektrum politischer Positionen wandelte, die mit der Institution Parlament an sich bisweilen nur noch wenig zu tun hatten.

In der älteren Forschung wurde die boulangistische Auseinandersetzung mit dem Parlament meist unter verfassungsgeschichtlichen Perspektiven betrachtet. Doch – wie weiter unten gezeigt wird – hat dieser Ansatz den Nachteil, dass der boulangistische Antiparlamentarismus zwar nichts an rhetorischer Schärfe, aber viel an argumentativer Spezifik zu wünschen übrig ließ. Auch die Vorstellung der nach dem zeitnah erwarteten „branle-bas“ zu konstituierenden Neuordnung blieb reichlich unbestimmt. Daher erscheint es gewinnbringender, die boulangistische Rhetorik als solche ernst zu nehmen und zu fragen, wo genau der thematische Fokus ihrer Ablehnung des politischen Status quo verortet war. Aus dieser Perspektive zeigt sich, dass die politische Positionierung der Boulangisten nicht nur gegen das Parlament und seine verfassungsrechtliche Stellung, sondern

12 Vgl. Jean Defrasne: *L'Antiparlementarisme en France*. Paris 1990; Jean-Claude Caron/Jean Garrigues (Hrsg.): *L'Antiparlementarisme en France*. Clermont-Ferrand 2019.

vor allem gegen den ‚Parlamentarismus‘ als Chiffre eines bestimmten Politikmodus gerichtet war. Was sie ablehnten, war weniger inhaltlich oder institutionell als modal bestimmt. Es ging um ein Phänomen, dem eine viel größere Reichweite zugesprochen wurde als nur die legislative Institution allein: um die Herrschaft der Debatte. Das ‚Parlament‘ war für dieses Abgrenzungsmanöver nicht zuletzt als paradigmatisches ‚Haus der Rede‘ die primäre Zielscheibe.

Die Deutung des Boulangismus im Licht der für die Bewegung so konstitutiven Opposition von Wort und Tat erfordert eine breite kulturgeschichtliche Kontextualisierung. Denn die Wurzeln dieser Semantik reichten weit zurück ins Revolutionszeitalter, als sich auf beiden Seiten des Atlantiks ein Politikverständnis etablierte, das maßgeblich auf den Gebrauch des Wortes ausgerichtet war. In dieser Konzeption stand der Emanzipation der Stimme des Volkes die Verpflichtung der Mächtigen gegenüber, ihrem Volk offen Rede und Antwort zu stehen, so dass sich legitime Herrschaft immer im Medium der sprachlichen Interaktion vollziehe.<sup>13</sup>

Die Neuperspektivierung der Herrschaft unter dem Gesichtspunkt ihres Zur-Sprache-Kommens war ein transnationales Phänomen, erhielt aber in verschiedenen Ländern jeweils eine eigene Ausprägung. Für den französischen Kontext war die schnelle Abfolge von politischen Zäsuren entscheidend, die die politische Entwicklung des Landes seit dem späten 18. Jahrhundert auszeichnete. Zeitgenossen beschrieben die aufeinanderfolgenden Regime als konjunkturelles Auf und Ab des politischen Wortes, wobei die Beurteilung mit ihrer jeweiligen Position auf dem politischen Spektrum korrelierte. In Abgrenzung zum angeblichen Mutismus des Ancien Régime war die Revolution von 1789 als Befreiung der *vox populi* und als Emergenz einer freien Debatte der Nation mit sich selbst erfahren worden. „Le silence règne autour des trônes,“ meinte der Jakobiner Louis-Antoine Saint-Just, „ce n’est que chez les peuples libres qu’on a souffert le droit de persuader ses semblables.“<sup>14</sup> Seine Gegner hielten ihm entgegen, dass gerade die Terrorherrschaft des Wohlfahrtsausschusses eine „morne silence“<sup>15</sup> über Frankreich gelegt habe.

In den nachfolgenden Jahrzehnten rückte die Semantik des politischen Wortes dauerhaft ins Zentrum politischer Kontroversen. Während Kon-

13 Vgl. dazu Theo Jung: Qui tacet. Die Politik des Schweigens im Europa des langen 19. Jahrhunderts, Habil.-Schr. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. 2021.

14 Louis-Antoine-Léon de Saint-Just: Discours pour la défense de Robespierre. Séance du 9 thermidor an 2 (27 juillet 1794). In: Ders.: Œuvres. Paris 1834, S. 338–358, hier S. 354.

15 Laurent Lecointre: Les Crimes de sept membres des anciens Comités de Salut Public et de Sureté Générale. [Paris] 1794/1795 [an III], S. 10.



servative den neu entstandenen Wörterkrieg aller gegen alle beklagten, betrachteten progressive Kräfte die Entfesselung der Stimme der Nation als entscheidenden Schritt ihrer politischen Emanzipation. Im Rückgriff auf antike Topoi wurde das Ausmaß an politischer Freiheit mit dem Zustand der öffentlichen Redekunst in Verbindung gebracht: In autoritären Regimen gedeihe nur die Kunst des Schmeichelns, während eine wahre Rhetorik nur da entstehe, wo jeder (nicht per se auch jede) die Hoffnung haben könne, durch das Überzeugen seiner Mitbürger Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens zu nehmen. Vor diesem Hintergrund funktionierten Aussagen über den Verfall der Redekunst oder ihr Wiederaufleben als Stellvertreterdiskurs für die Auseinandersetzung mit politischer Repression im Allgemeinen.<sup>16</sup>

Unter der Herrschaft Napoleons implizierte schon der bloße Verweis auf die wechselseitige Bedingung von Eloquenz und Freiheit eine kritische Stellungnahme. Dies bekam der populäre Publizist Jean-Augustin Amar zu spüren, als das Kapitel über die jüngere politische Rhetorik in seinem *Cours complet de rhétorique* 1804 vom Zensor vollständig gestrichen wurde.<sup>17</sup> Erst nach der Restauration der bourbonischen Monarchie 1814 konnte der Autor in einer Neuauflage das Kapitel in der ursprünglichen Länge aufnehmen. In einer neuen Einleitung drückte er seine Freude über die Tatsache aus, dass die neu etablierte Monarchie auch die politische Rhetorik in Frankreich wieder zur Geltung gebracht habe. Seit die aktuelle Regierungsform die Franzosen wieder dazu auffordere zu diskutieren, könnten sich die Rhetorikexperten auch wieder ihrer natürlichen Aufgabe widmen, „l’homme d’État, l’orateur politique“ auszubilden.<sup>18</sup>

Dass die Restauration die Zunge der Nation nach dem napoleonischen Regime des Schweigens wieder entfesselt hatte, war ein zentrales Motiv zeitgenössischer Politikdiskurse, das sich über die schnellen Regimewechsel hinweg hielt. Nach dem relativen Verstummen der öffentlichen Debatte in der Endphase der Julimonarchie wurde die Februarrevolution 1848 erneut als „explosion de parole“<sup>19</sup> begrüßt, wie es der Literaturwissenschaftler

16 Pseudo-Longinos, *Sublim.* 44. Vgl. Peter Philipp Riedl: Öffentliche Rede in der Zeitenwende. Deutsche Literatur und Geschichte um 1800. Tübingen 1997, S. 17–154; Jean Starobinski: *Eloquence and Liberty*. In: *Journal of the History of Ideas* 38 (1977), [2], S. 195–210.

17 Jean-Augustin Amar: *Cours complet de rhétorique, d’après les rhéteurs anciens et modernes*. Paris 1804.

18 Ders.: *Conciones français, ou Choix de discours tirés des historiens et orateurs français*. Paris 1822.

19 Alain Vaillant: *Révolutions politiques et extinctions de voix*. In: Hélène Millot/Corinne Saminadayar-Perrin (Hrsg.): *1848, une révolution du discours*. Saint-Étienne 2001, S. 13–26, hier S. 14.

Alain Vaillant ausgedrückt hat. Mit der Gründung der Zweiten Republik schien sich die Verbalpolitik neu etabliert zu haben. Doch dies galt nur für kurze Zeit, denn mit dem Staatsstreich des Präsidenten Louis-Napoléon Bonaparte 1851 kehrte auch die anti-deliberative Neigung seines Onkels wieder. Die Rechte des Parlaments wurden eingeschränkt und die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit beschnitten. Zumindest in den Augen seiner Gegner stellte sich das Zweite Kaiserreich erneut als „régime infâme du silence“<sup>20</sup> dar.

Diese Vorgeschichte prägte die politischen Richtungskämpfe in der Frühphase der Dritten Republik nach 1870. Die Republikaner verstanden sich als Erben der Opposition des Zweiten Kaiserreichs, deren lang geknebelte Stimme endlich frei zum Erklingen komme. Ihre Gegner versuchten dagegen, der angeblichen maßlosen Geschwätzigkeit des neuen Regimes Einhalt zu gebieten. In den meisten Fällen erschöpften sich ihre antiverbalistischen Positionierungen selbst in verbalen Stellungnahmen. Doch in der Boulangismuskrise zeigte sich, dass sie zum Katalysator für politische Kräfte werden konnten, die sich gegen die redselige Sterilität der republikanischen Ordnung auf die schweisgsame Tatkraft einer alternativen Herrschaftsform beriefen.

### III. Rhetorische Positionskämpfe

Dass der Boulangismus auf einen General fokussiert war, war kein Zufall. Im Volksmund hieß die Armee *la grande muette* oder *silencieuse* – ein Ausdruck, der auf den Dichter-Offizier Alfred de Vigny zurückging und die Vorstellung einer wesentlich unpolitischen, anti-deliberativen und daher zumindest potenziell auch antiparlamentarischen Macht zum Ausdruck brachte.<sup>21</sup> Im Topos des schweigenden Heeres überlagerten sich mehrere zentrale Konfliktlinien der französischen Geschichte. Im engeren Sinne bezog es sich auf die Vorstellung des unbedingten militärischen Gehorsams, nach der jeder Befehl unmittelbar und ohne vorherige Prüfung am individuellen Gewissen des Soldaten oder am Konsens der Truppe ausgeführt werden sollte. Seit 1791 enthielten die französischen Verfassungen jeweils

20 Charles Ribbyrolles: Le Silence. In: L'Homme: Journal de la démocratie universelle, 21.6.1854, S. [1].

21 Alfred de Vigny: Souvenirs de servitude militaire. In: Ders.: Œuvres. Bd. 7, Brüssel 1835, S. 5–49, hier S. 37. Vgl. als Überblick John Steward Ambler: The French Army in Politics, 1945–1962. o. O. 1966, S. 1–55.

verschiedene Varianten des Passus „La force publique est essentiellement obéissante; nul corps armé ne peut délibérer“.<sup>22</sup>

In der ersten Jahrhunderthälfte war mit Blick auf die Nationalgarde bisweilen noch das Konzept von „baïonnettes intelligentes“ beziehungsweise „délibérantes“ diskutiert worden. In Bezug auf das Heer wurden solche Ideen aber allgemein strikt abgelehnt. Vor allem vor dem Hintergrund der auch in der Dritten Republik immer wieder aktuellen Angst vor dem militärischen Staatsstreich wurde von den französischen Soldaten unbedingter Gehorsam ohne Widerrede erwartet. Aus demselben Grund wurde ihnen auch die politische Partizipation untersagt. Soldaten im aktiven Dienst besaßen kein aktives und seit 1875 auch kein passives Wahlrecht.<sup>23</sup> Öffentliche Stellungnahmen zu politischen Fragen bedurften einer vorherigen Genehmigung durch den Kriegsminister. In der Praxis fanden Militärs allerdings durchaus Wege, ihre Stimme in der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen. In der Presse waren vor allem Offiziere mit anonymisierten Beiträgen und Leserbriefen dauerhaft präsent. Gerade auch neue journalistische Formate wie das Interview eigneten sich für gezielte Indiskretionen und Anspielungen auf tagespolitische Fragen.<sup>24</sup>

Über die Paradoxien der öffentlichen Stellung des Militärs hinaus fungierte die Fiktion des schweigenden Heeres als Kristallisationspunkt für antiparlamentarische Tendenzen. Die Armee galt als Paradigma der geschlossenen Einigkeit und der unbeugsamen Tatkraft sowie als Inkarnation des über allen Parteiinteressen stehenden nationalen Willens – und damit gleich in dreifacher Hinsicht als Gegenpol zum Parlament. Schon die Regierung des *ordre moral* unter Präsident Mac-Mahon hatte vom Prestige des ehemaligen Maréchal de France, der bei Sedan verwundet worden war und als Oberbefehlshaber der Armee von Versailles 1871 die Niederwerfung der Pariser Kommune organisiert hatte, profitiert. Nach dessen Rücktritt entstand hier vorübergehend eine symbolische Lücke, die erst in den 1880er Jahren wieder gefüllt wurde – vom *général Revanche*, Georges Boulanger.

Während der Kriegsminister ab Januar 1886 durch seine Armee Reformen beständig an Popularität gewann, wurde er durch seine eigenmächtigen

22 Assemblée Nationale: Constitution française, 14.9.1791, Titre III, Chap. IV, Art. 12.

23 In der ersten Wahlperiode der Dritten Republik befanden sich in der Chambre des Députés noch 39 aktive und 47 ehemalige Offiziere. Vgl. Francis Perrot: L'Uniforme et la toge. Les officiers élus à l'Assemblée nationale (1871–1875). In: Parlement[s] (2011) [16], S. 49–60.

24 Vgl. Olivier Forcade: Les Murmures de la „Grande Muette“ sous la Troisième République. In: Ders./Éric Duhamel/Philippe Vial (Hrsg.): Militaires en république, 1870–1962. Les officiers, le pouvoir et la vie publique en France. Paris 1999, S. 507–520.

Stellungnahmen für die Regierung innen- wie außenpolitisch zu einem kompromittierenden Faktor. Nach einem Regierungswechsel im Mai 1887 wurde er nicht wieder berufen und stattdessen zum Befehlshaber eines Armeekorps ernannt. Doch seine nunmehr rein militärische Stellung hinderte ihn nicht daran, sich mit Unterstützung von Paul Déroulède und dessen Ligue des Patriotes in die Politik einzumischen. Als Boulanger Anfang 1888 mehrmals nach Paris kam, ohne um Diensturlaub ersucht zu haben, und von seinen Anhängern ungeachtet seines militärischen Status als Kandidat bei den Nachwahlen zum Parlament im Februar aufgestellt wurde, erfolgte zunächst seine Suspendierung und schließlich die Entlassung aus der Armee.

In der Folgezeit konzentrierte sich Boulanger vollständig auf die Politik. Schon 1887 hatten bei einer Nachwahl im Département Seine mehr als 100.000 Wähler den Namen des berühmten Generals handschriftlich auf ihrem Wahlzettel ergänzt, obwohl dieser als Offizier gar nicht berechtigt war zu kandidieren.<sup>25</sup> Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst war der Weg zur Kandidatur frei. Bei den Nachwahlen vom 15. April 1888 wurde Boulanger im Département Nord mit überwältigender Mehrheit zum Abgeordneten gewählt.

Das Bild eines wortkargen Kriegers, das die boulangistische Propaganda vom General zeichnete, hatte mit dessen tatsächlicher Kommunikationspraxis wenig zu tun. Denn ein Schweiger im wörtlichen Sinne war Boulanger keineswegs. Schon während seiner Militärzeit und auch später als Kriegsminister stach er gerade durch ständige öffentliche Stellungnahmen hervor. Dabei meldete er sich nicht nur selbst lautstark zu Wort, sondern beherrschte vor allem die Kunst, durch gezielte Provokationen von sich reden zu machen. Aus deutscher Sicht – wo ihm der sprichwörtliche „große Schweiger“ Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke gegenübergestellt wurde – zeichnete sich Boulanger gerade dadurch aus, dass er als „général qui parle beaucoup et promet trop“ den eigentlichen militärischen „valeur muette“ vermissen lasse.<sup>26</sup>

Doch hing Boulangers Ruf als Schweiger paradoxerweise gerade mit der Eigenart seiner öffentlichen Rhetorik zusammen, die sich durch eine besondere Fertigkeit in der Kunst der vieldeutigen Anspielung auszeichnete. Schon 1886 hatte der Kriegsminister durch die ‚scherzhaft‘e Bemerkung im

25 Die Aktion war vom Schriftleiter der konservativen Tageszeitung L'Intransigeant, Henri Rochefort, organisiert worden.

26 Zit. nach der französischen Übersetzung Alfred Ruhemann: Le Général Boulanger, réformateur de l'armée française. Jugé par l'ennemi. 2. Aufl. Paris 1887, S. 63 f.

Ministerrat Empörung ausgelöst, dass er, wenn er wolle, seine Kollegen nur allzu leicht ins Gefängnis werfen könne. Eine solche Aussage weckte ungute Erinnerungen an einen ähnlichen ‚Scherz‘ des Generals Saint-Arnaud, der kurz vor dem Staatsstreich Louis-Napoléons am 2. Dezember 1851 beim Verlassen des Parlaments gesagt hatte: „On fait trop de bruit dans cette maison, je vais chercher la garde.“<sup>27</sup> Vor diesem Erfahrungshintergrund war Boulangers Anspielung nur für ihn selbst und seine Anhänger amüsant.

Weitere Skandale folgten. Indem Boulanger in seinen öffentlichen Äußerungen wiederholt die Möglichkeit eines Revanchekriegs gegen Deutschland oder eines antirepublikanischen Staatsstreichs andeutete, versetzte er seine Gegner in ständige Aufregung. Gleichzeitig schürte er bei seinen eigenen Anhängern große Hoffnungen, zumal seine Anspielungen geschickt um die großen politischen Leitbegriffe der Zeit kreisten (Republik, Freiheit, Ordnung, Revolution), ohne sich jemals auf konkrete politische Aussagen und Ziele festzulegen.

In mancher Hinsicht war die politische Positionierung der Boulangisten im Wahlkampf an den Bonapartismus angelehnt. Mit der Parole „Dissolution, Révision, Constituante“ lag der Schwerpunkt der Propaganda auf der Auflösung des Parlaments und einer Reform der Verfassungsbestimmungen von 1875. Allerdings gestaltete sich das politische Programm der Boulangisten eher als flexible Sammlung von Forderungen denn als kohärentes Manifest.<sup>28</sup> Während die Regierung nur noch einem neu zu bildenden *conseil suprême* verantwortlich sein sollte, war geplant, das Amt des Staatspräsidenten mit weitreichenden Vetomächten auszustatten. Regelmäßige Plebiszite würden es ermöglichen, die repräsentativen Mittelsmänner zu umgehen, während das Parlament in ein „Corps législatif muet“ verwandelt werden sollte: Seine Abgeordneten würden das Volk „plus efficacement que par des paroles“ repräsentieren, indem sie über die vom Staatsrat vorbereiteten Gesetzentwürfe auf der Basis eines imperativen Mandats ihrer Wähler ohne Diskussion abstimmten.<sup>29</sup>

Solche Forderungen wirkten eher evokativ und provokativ als konkret. Doch war die inhaltliche Offenheit gewissermaßen selbst programmatisch, da sie Mobilisierungskraft mit Anschlussfähigkeit nach allen Seiten kombi-

27 [M.]: M. le général Boulanger se croit évidemment tout permis. ... In: Journal des débats politiques et littéraires, 26.6.1886, Morgenausgabe, S. 1; Le Général Boulanger. In: Le XIX<sup>e</sup> siècle, 1.7.1886, S. 1; [Champvans]: Correspondance. In: La Croix, 22.4.1888, S. [2].

28 Bertrand Joly: Les Projets constitutionnels du boulangisme. In: Bibliothèque de l'École de Chartres 166 (2008), [2], S. 515–541.

29 Die Zitate stammen aus einem Bericht von Le Parti national, zit. nach Le Programme. In: L'Écho de Paris, 20.4.1888, S. 1.

nierte. Zeitgenossen blieb der taktische Sinn der gezielten Vagheit des boulangistischen Programms nicht verborgen. In einem satirischen Lied des Chansonniers Jules Jouy auf die Melodie eines populären Gassenhauers, das 1888 kursierte, flehten seine Unterstützer den General an, seine Pläne weiterhin im Unbestimmten zu lassen:

„Reste immobile et muet comme un sphynx. / Entre tous les partis fais la navette; / [...] / Auprès de toi, bavard vous semble un phoque; / Mais ton silence est pour moi plein d'appas, / Laisse-moi spéculer sur l'équivoque; / Ne parle pas, Georges, ne parle pas!“<sup>30</sup>

Die ziemlich wortgewaltige Schweigsamkeit des Boulangismus könnte den Eindruck erwecken, dass die antiverbalistische Semantik eine bloße Fassade – man wäre versucht zu sagen: nichts als Gerede – darstellte. Doch greift eine solche Gegenüberstellung von politischer Rhetorik und Realität zu kurz.

Bevor wir im Folgenden näher auf die performativen und organisatorischen Konsequenzen eingehen, welche die antiverbalistische Politikvorstellung der Boulangisten mit Leben füllten, ist darauf hinzuweisen, dass die Entgegensetzung von Wort und Tat nicht nur auf Seiten der Boulangisten, sondern auch von ihren republikanischen Gegnern aufgegriffen wurde. Indem sie das Selbst- und Fremdverständnis der beiden Gruppen und deren Situationsdefinition prägte, handelte es sich bei dieser Semantik also um weit mehr als bloße Worte.

Eine der politischen Arenen, in denen diese Konfliktlinie zur Aushandlung kam, war wenig überraschend das Parlament selbst. Seine Dominanz im republikanischen Verfassungsgefüge hatte paradoxerweise auch zur Folge, dass die Boulangisten letztlich auf das Parlament angewiesen waren, um ihrem antiparlamentarischen Programm Gewicht zu verleihen. Nach den ersten Wahlerfolgen bot sich dafür die Gelegenheit: Am 4. Juni 1888 brachte Boulanger eine radikale Reformvorlage in die Abgeordnetenkammer ein. Nach seiner erläuternden Rede, die von den Vertretern der republikanischen Mehrheit ständig mit Zwischenrufen unterbrochen wurde, zeigte sich, dass die Republikaner die politische Debatte nicht so einfach aufgeben würden. Georges Clemenceau, der den General in dessen politischen Anfangsjahren noch unterstützt hatte, sich aber inzwischen zu einem seiner prominentesten Widersacher stilisierte, meldete sich mit einer flammenden Verteidigung der parlamentarischen Diskussion zu Wort:

30 Jules Jouy: Les Dragons de Boulange. Parodie des dragons de Villars. Air: Ne parle pas, Rose, je t'en supplie! A Victorine Demay. In: Jules Jouy: Chansons de bataille. Paris 1889, S. 78 f.

„Ces discussion ont leur inconvénients, le silence en a davantage. / (Vifs applaudissements à gauche et au centre.) / Oui! gloire aux pays où l'on parle, honte aux pays où l'on se tait. Si c'est le régime de discussion que vous croyez flétrir sous le nom de parlementarisme, sachez-le, c'est le régime représentatif lui-même, c'est la République sur qui vous osez porter la main. (Nouveaux applaudissements à gauche.)“<sup>31</sup>

Die Parteinahme für das republikanische Diskussionsregime war kraftvoll, bot seinen Gegnern aber auch eine weitere Angriffsfläche. Ein sozialistischer Kandidat, der in Paris persönlich gegen Boulanger angetreten war, gab Clemenceau in einem kurze Zeit danach veröffentlichten Pamphlet zur Antwort, dass dessen Apologie der parlamentarischen Debatte deren sterile Geschwätzigkeit nur noch unterstreiche:

„En définitive, il n'y a dans tout cela que des déclamations creuses, que des mots, et rien que des mots. Et il n'en pouvait être autrement, le parlementarisme étant par-dessus tout un régime de bavardage pour ne rien dire, et surtout pour ne rien faire.“<sup>32</sup>

Doch konterten die Republikaner, indem sie die reale gestalterische Macht des parlamentarischen Wortes hervorhoben. In einem Pamphlet verwies Yves Guyot zum Vergleich auf die „Chambre muette“ des Zweiten Kaiserreichs, in der die parlamentarische Debatte außer Kraft gesetzt gewesen war. Obwohl von einer solch geknebelten Legislative nach den Vorstellungen der Boulangisten größte Effizienz zu erwarten gewesen wäre, schlage einem beim Öffnen des Gesetzblattes dieser Jahre nur gähnende Leere entgegen. Demgegenüber habe die Dritte Republik seit der Krise von 1877 trotz der angeblichen Geschwätzigkeit seiner parlamentarischen „bavards“ eine ganze Reihe von bedeutenden Reformen hinsichtlich der Versammlungs- und Pressefreiheit, des Bildungswesens, der Gewerkschaften und der Wehrpflicht in die Wege geleitet: „Il les réalisera avec le concours de tous, en s'inspirant des libres discussions auxquelles tous peuvent prendre part; il les réalisera par la liberté et par la discussion.“<sup>33</sup>

Boulangers Vorlage zur Verfassungsreform fand keine Mehrheit. Als auch ein weiterer Antrag, das Parlament vorzeitig aufzulösen, nach einer tumultuösen Sitzung abgelehnt worden war, legte der ehemalige General sein Mandat nieder.<sup>34</sup> Doch war sein Rücktritt alles andere als geräuschlos.

31 Journal Officiel de la République française. Débats parlementaires, Chambre des députés [künftig zit. als :JO], 4.6.1888, S. 1637.

32 Paul Émile Laviron: Boulangisme et parlementarisme, 2. Aufl. Paris 1888–1889, S. 18 f.

33 Yves Guyot: Le Boulangisme. Paris 1888, S. 34 f.

34 JO, 12.7.1888, S. 2093–2096.

Da Ministerpräsident Charles Floquet Boulanger in der Debatte bezichtigt hatte, eine Diktatur anzustreben, kam es am nächsten Tag zu einem Duell zwischen beiden, bei dem Boulanger am Hals verwundet wurde. Das nun auch buchstäbliche Gefecht zwischen dem höchsten Vertreter des Regimes und dessen Erzfeind wurde in der Presse ausgiebig kommentiert.

Seine parlamentarische Niederlage steigerte die Popularität Boulangers außerhalb der Kammer nur noch weiter. Im August wurde er gleich in drei Départements wiedergewählt und in den Nachwahlen vom Januar 1889 konnte er sogar einen Kandidaten der Radikalen in deren Hochburg Paris besiegen. Doch Vorschläge aus seinem Umfeld, das entstandene Momentum zu nutzen, um durch einen Staatsstreich die Macht an sich zu reißen, lehnte Boulanger nach kurzem Zögern schließlich ab. Inzwischen hatte die republikanische Regierung zunehmend konkrete Maßnahmen gegen die boulangistische Gefahr eingeleitet. Die Mehrfachkandidatur in verschiedenen Wahlkreisen, welche für die auf eine Einzelperson ausgerichtete Bewegung entscheidende Vorteile bot, wurde kurzerhand abgeschafft. Gleichzeitig wurde gegen Boulanger und einige Anhänger Anklage wegen Verschwörung gegen die Staatsmacht erhoben. Um einer Verhaftung zuvorzukommen, setzte sich Boulanger ins Exil ab. Bei den darauffolgenden Wahlen im September 1889 erhielten die übriggebliebenen Boulangisten nur noch 38 Mandate.<sup>35</sup>

#### *IV. Performative Auseinandersetzungen*

Die Gegenüberstellung von Wort und Tat prägte das Selbstverständnis der Boulangisten ebenso wie ihre Fremdwahrnehmung von Seiten der republikanischen Eliten. Insofern trug sie zu einer Situationsdefinition bei, die mit den jeweiligen inhaltlichen Positionen – sofern diese überhaupt existierten – nicht notwendigerweise korrespondierte. Indem sie jedoch deren gegenseitige Deutung prägte, trug die Opposition zur Ausgestaltung der Konfliktlage Wesentliches bei. Obwohl in diesem Prozess die wechselseitigen rhetorischen Positionierungen eine Schlüsselrolle spielten, blieb es nicht dabei. Gerade das performative Auftreten der Boulangisten und die gegnerischen Reaktionen, die sie damit auslösten, verliehen der Vorstellung Gewicht, dass ihre Auseinandersetzung einen Prinzipienkampf zwischen

35 Elfi Bendikat: Wahlkämpfe in Europa 1884 bis 1889. Parteiensysteme und Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wiesbaden 1988, S. 394.



der Verbal- und der Tatpolitik darstelle. Die rhetorische Herabsetzung der ‚bloßen Politik des Wortes‘ war Teil einer breiteren Abgrenzungsstrategie, die sich nicht zuletzt auch im politischen Habitus als Alternative zum ‚Parlamentarismus‘ im weitesten Sinne positionierte. An dieser Stelle wurde auch klar: Es war letztlich gar nicht so sehr das politische Wort an sich – auf das auch der Boulangismus nicht verzichten konnte oder wollte –, von dem sich die Strömung abgrenzte. Vielmehr lehnte sie sich gegen eine ganz spezifische Vorstellung der pluralistischen, deliberativen und nach festen Regeln ablaufenden Debatte auf – im zeitgenössischen Sprachgebrauch also gegen die ‚parlamentarische Rede‘.

Der spektakuläre Propagandaaufwand des Boulangismus ist schon von Zeitgenossen ebenso wie später von der historischen Forschung als Auftakt des politischen Massenzeitalters gedeutet worden.<sup>36</sup> Die Bewegung betrieb einen intensiven Personenkult, der von eigenen Presseorganen, Versammlungen und Demonstrationen über Pamphlete, Lieder, Photographien und Karikaturen bis hin zu (erstmalig mehrfarbigen) Wahlplakaten reichte. Über seinen multimedialen Charakter hinaus lag die Besonderheit des boulangistischen Propagandaauftretens vor allem in seiner neuartigen Organisationsstruktur. Während die meisten französischen Wahlkämpfe weiterhin auf klein angelegte, lokale Ereignisse beschränkt blieben, traten die Boulangisten mit einer straff koordinierten nationalen Kampagne hervor. Die Kosten waren entsprechend hoch. Es hieß, dass die konservative Herzogin d’Uzès allein für die Wahlen vom Januar 1889 eine halbe Million Franc investiert habe, in der Hoffnung, ein Sieg des Generals würde den Weg für eine Rückkehr des in ihren Augen legitimen Thronprätendenten, den Comte de Paris, ebnen.

Was den Boulangismus aus zeitgenössischer Sicht zu einem neuartigen politischen Phänomen machte, war weniger der Personenkult an sich (der etwa auch aus dem Bonapartismus bekannt war) als vielmehr der radikale politische Stilwechsel. Die boulangistische Propaganda grenzte sich auch performativ von der politischen Kultur der Republik ab, die sie als elitäres und steriles Gerede denunzierte. Demgegenüber legte sie den Schwerpunkt auf die symbolische Demonstration der Kraft, Energie und Einigkeit der Bewegung selbst. Dieser praktische Kontrast, der die semantische Opposi-

36 Siehe exemplarisch Arthur Meyer: *Ce que mes yeux ont vu*. 43. Aufl. Paris 1911, S. 61–98, sowie aus der Forschung Patrick H. Hutton: *Popular Boulangism and the Advent of Mass Politics in France, 1886–1890*. In: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), [1], S. 85–106; James R. Lehning: *To Be a Citizen. The Political Culture of the Early French Third Republic*. Ithaca, NY 2001, S. 155–181.

tion von Wort und Tat gleichzeitig konkretisierte und weiter verfestigte, schlug sich besonders deutlich in der politischen Versammlungskultur nieder.

Wie die Politikwissenschaftlerin Paula Cossart gezeigt hat, hatte sich in der Frühphase der Dritten Republik die *réunion contradictoire* als maßgeblicher Versammlungsmodus etabliert.<sup>37</sup> Organisatorisch wie praktisch waren Versammlungen dieses Typs an einer quasi-parlamentarischen Formsprache orientiert. Zu Anfang wurde ein Vorstand gewählt, der die Ordnung zu wahren hatte. Es gab mehrere Redner, die verschiedene Standpunkte und Lager vertraten und nicht nur miteinander, sondern auch mit dem Publikum in Diskussion traten. Da der Zutritt zu solchen Zusammenkünften prinzipiell jedem offen stand, betrachteten Zeitgenossen sie als Quasi-Volksversammlungen, die als momentane Repräsentation des (lokalen) Volkswillens gelten durften. Zu dieser Vorstellung gehörte auch ihr deliberativer Charakter, der sich auf das Verhältnis der Redner zueinander, aber auch auf deren Verhältnis zum Publikum bezog. Sich dem argumentativen Wortgefecht zu entziehen, indem man nur gleichgesinnte Redner einlud oder das Publikum auf die eigene Anhängerschaft einschränkte, wurde allgemein als feige abgelehnt.

Natürlich waren die so konzipierten Versammlungen in der Praxis keineswegs konfliktfrei. Das Publikum erhob Anspruch auf eine aktive Rolle, die neben Fragen und eigenen Diskussionsbeiträgen regelmäßig auch Zwischenrufe und andere Störungen umfasste. Während der Vorstand bemüht war, derartige Unruhe nach Möglichkeit zu unterbinden, wurde sie zeitgenössisch – innerhalb bestimmter habitueller Grenzen – als wesentlicher und legitimer Bestandteil der Versammlungspraxis geduldet.

Wie in anderen europäischen Ländern auch zeichnete sich in den 1880er Jahren allerdings eine deutliche Intensivierung der Störungen ab. Während solche Zwischenfälle zuvor in der Regel spontan von Einzelpersonen oder kleinen Grüppchen ausgegangen waren, wurde daraus zunehmend eine koordinierte und gewissermaßen konventionalisierte Aktionsform politischer Gruppen.<sup>38</sup> Schon in den Anfangsjahren der Dritten Republik taten sich die

37 Paula Cossart: *Le Meeting politique. De la délibération à la manifestation (1868–1939)*. Rennes 2010, S. 84–102, 123 f.

38 Vgl. ebd., S. 200–235, sowie zum deutschen Kaiserreich Theo Jung: *Streitkultur im Kaiserreich. Politische Versammlungen zwischen Deliberation und Demonstration*. In: Andreas Braune/Michael Dreyer/Markus Lang/Ulrich Lappenküper (Hrsg.): *Einigkeit und Recht, doch Freiheit? Das Deutsche Kaiserreich in der Demokratiegeschichte und Erinnerungskultur*. Stuttgart 2021, S. 101–120.

Sozialisten und Anarchisten gelegentlich als „trouble-fête des meetings“<sup>39</sup> hervor. Doch blieben deren Störungsversuche auf vereinzelte Ausnahme-situationen beschränkt. Dies änderte sich in der Boulangismuskrise.

Der General wurde von seinen Anhängern als ein Mann der Tat inszeniert, der dem sterilen Wortschwall der Republikaner ein Ende setzen würde. In den zu seiner Unterstützung organisierten Versammlungen lag der Fokus daher nicht auf der diskursiven Auseinandersetzung, sondern auf der Demonstration kollektiver Einmütigkeit. Obwohl die Reden weiterhin den Hauptprogrammpunkt dieser Versammlungen bildeten, handelte es sich immer öfter um die monologische Inszenierung des einzelnen Redners vor einem politisch homogenen Publikum, dessen Beteiligung sich auf die massenhafte Anwesenheit und möglichst lautstarke Unterstützung beschränkte. Die politische Versammlung wurde dadurch, wie es Cossart ausdrückt, von einem Ort der Deliberation zu einer „manifestation de force“, zu einem kollektiven Aktionsmodus, dessen performativer Kern in der öffentlichen Inszenierung der überlegenen Durchsetzungskraft der eigenen Gruppe lag.

Dieselbe Einstellung prägte auch die boulangistische Haltung zu den gegnerischen Versammlungen, die regelmäßig durch eigens dafür formierte Banden gestört oder gesprengt wurden. Im Wahlkampf von 1889 erreichten diese Störungen einen Höhepunkt. Während einer Rede des offiziellen, vom Regime unterstützten Kandidaten André Jacques fingern, wie die konservative Tageszeitung *La Croix* berichtete, die anwesenden Boulangisten an, das Lied „Frère Jacques, dormez-vous“ zu singen. Anhänger des Kandidaten wurden mit Stockschlägen vom Rednerpult verjagt und sahen sich gezwungen, Tränengas einzusetzen, um ihren Rückzug zu sichern. Bei einer anderen Kundgebung hielt ein Anhänger eine Lobrede auf Jacques, während das Publikum mit Fäusten aufeinander losging. „Que voulez-vous“, habe einer der Kombattanten gesagt, „c’est de la discussion que jaillit la lumière.“<sup>40</sup>

Nicht immer arteten solche Zusammenstöße tatsächlich in Gewalt aus. Bei einer weiteren Versammlung für Jacques, die ausdrücklich als kontradiktorische „réunion publique“ angekündigt war, bei der „la liberté la plus absolue serait garantie à la tribune à tous les orateurs, sans distinction d’opinion“<sup>41</sup>, hatten sich, so berichtete das republikanische *Journal des débats*, die Jacquisten und die Anhänger ihres sozialistischen Gegners Frédéric Boulé zunächst ganz gut vertragen. Nach einiger Zeit hätten sich

39 Au Cirque d’hiver. In: *Le Matin*, 31.7.1887, S. 1.

40 Réunions. In: *La Croix*, 19.1.1889, S. 2.

41 Les Réunions électorales. In: *Journal des débats politiques et littéraires*, 20.1.1889, S. 2.

allerdings die Boulangisten immer lautstärker mit Zwischenrufen und anderen Störungen eingemischt, so dass man im Getöse bald nichts mehr von den Reden gehört habe. Nach einer tumultuösen Abstimmung wurde die Versammlung aufgelöst, wonach sich ein Sängerkrieg ergab, bei dem die jeweiligen Lager die *Carmagnole* einerseits und verschiedene boulangistische Lieder andererseits gegeneinander anstimmten.

In einem Jahresrückblick beschrieb ein Zeitgenosse den Pariser Wahlkampf von 1889 als „une orgie de réunions publiques ou privées [...] que plusieurs furent troublées par les bandes organisées qu'y envoyaient les amis de M. Boulanger et la Ligue des patriotes, organisée militairement pour la circonstance“. Der abschließende Kommentar des Autors unterstrich, wie solche politischen Truppen von den Gegnern des Boulangismus beurteilt wurden: „rien de moins imposant que ces assises du peuple souverain.“<sup>42</sup>

Von republikanischer Seite wurden die Versamlungsstörungen wenig überraschend als Symptome eines allgemeinen Kulturverfalls skandalisiert. Aus ihrer Perspektive wurde eine Kultur der höflichen und rationalen Debatte durch das Auftreten unzivilisierter Massen untergraben. Dabei war es ihnen ein Leichtes, die Störungen als illegitime Mundtot-Machung der *vox populi* darzustellen. Allerdings war die Praxis auch hier weniger eindeutig, als es in solchen empörten Diskursen schien. Die Republikaner waren am Gestaltwandel der Versamlungen selbst nicht unbeteiligt. Um sich gegen die gegnerischen Aktionen zu wappnen, zogen auch sie sich zunehmend aus den kontradiktorischen Versamlungen zurück und organisierten stattdessen geschlossene Parteitage, welche von eigens zu diesem Zweck organisierten Gruppen wehrhafter Jugendlicher geschützt wurden. Außerdem konnten sie – vor allem in der Spätphase des Boulangismus – auf die Unterstützung der lokalen Ordnungskräfte zählen. Die Boulangisten bezichtigten die Polizei, die Versamlungen des Generals unter dem Vorwand der Wahrung der öffentlichen Ordnung absichtlich aufzulösen. Einem Bericht zufolge hätten die Polizisten bei zumindest einer Gelegenheit sogar selbst gestört, indem sie verschiedene Tierlaute nachahmten. Die Boulangisten hätten allerdings mit Akklamationen „Vive Boulanger!“ dageengehalten.<sup>43</sup>

42 André Daniel: *L'Année politique 1889*. Paris 1890, S. 11.

43 Maxime Lecomte: *Le Boulangisme dans le Nord. Histoire de l'élection du 15 avril*. Paris 1888, S. 182–183, zit. nach Pierre Guiral/Guy Thuillier: *La Vie quotidienne des députés en France de 1871 à 1914*. Paris 1980, S. 60. Vgl. zur Rolle der Polizei auch Bruce Fulton: *The Boulanger Affair Revisited. The Preservation of the Third Republic, 1889*. In: *French Historical Studies* 17 (1991) [2], S. 310–329, hier S. 319.

Die zeitgenössische Frage beantworten zu wollen, wer letztlich mit den Störungen begonnen hatte oder wer dafür verantwortlich war, dass sich die politische Debattenkultur der Dritten Republik wandelte, erscheint relativ müßig. Im Rahmen unserer Fragestellung ist vielmehr darauf hinzuweisen, dass die Auseinandersetzung um die Gestalt der politischen Versammlung zu einem Stellvertreterdiskurs für politische Grundsatzfragen wurde.

In den Augen des republikanischen Anführers Jules Simon griffen die Boulangisten mit den Versammlungen das Herz der politischen Kultur der Republik an. Im Wahlkampf von 1889 beobachtete er, dass nur noch auf dem Land gewisse Reste der früheren republikanischen Debattenpraxis existierten, bei der politische Gegner einen scharfen, aber stets respektvollen Diskurs führten, wonach das heterogen zusammengesetzte Publikum die Gelegenheit erhielt, seine Zustimmung oder Ablehnung zu äußern. In den Städten jedoch und vor allem in Paris komme einem eine solch höfliche Auseinandersetzung mittlerweile wie ein Brauch aus einer lang zurückliegenden Vergangenheit vor. Denn hier habe sich inzwischen eine ganz andere Art der politischen Auseinandersetzung etabliert:

„on discute à coups de poing; on imite des animaux; on casse les tables, on se jette les chaises à la tête. A l'annonce d'une réunion électorale, la police prépare des cellules à la Congièrgerie, et l'Assistance publique des lits dans les hopitaux.“<sup>44</sup>

## V. Fazit

Nachdem die Auseinandersetzung mit der Boulangismuskrise noch lange durch die geschichtspolitischen Interventionen der Beteiligten gekennzeichnet blieb, etablierte sich eine genuin historische Boulangismus-Forschung erst mit Adrien Dansettes *Le Boulangisme* aus dem Jahr 1938.<sup>45</sup> Trotz der zunehmenden historischen Distanz blieb das Thema jedoch kontrovers, da seine Einordnung immer mit der Frage nach der Natur dieses enigmatischen politischen Phänomens verknüpft war. In einer klassischen Arbeit, die erstmals 1954 erschien, hat René Rémond die Boulangismuskrise in die Tradition des Bonapartismus eingereiht. Wie seine napoleonischen Vorgänger habe sich Boulanger an die Spitze einer Bewegung gestellt, die, ausgehend von einem revolutionären Impuls, nach und nach von konservativen Kräften vereinnahmt worden sei: „C'est le destin de cette tradition de recruter d'abord à gauche, d'entreprendre sincèrement

44 Jules Simon: La Loi et les mœurs. In: Le Matin, 25.9.1889, S. [1].

45 Adrien Dansette: Le Boulangisme, 1886–1890. Paris 1938.

une tâche de réconciliation et de tomber pour finir dans la dépendance de la droite conservatrice.“<sup>46</sup> Indem sie den konservativen Monarchismus mit den Zielen und Aktionsformen einer breiten und radikalen Volksbewegung verschmolzen habe, sei die Boulangismuskrise zur „acte de naissance“ des modernen Nationalismus geworden.

Im Hintergrund dieser Deutung stand die kontroverse Debatte über die Existenz eines genuin französischen Faschismus. In einer wirkmächtigen Monographie aus dem Jahr 1978 positionierte sich der israelische Politikwissenschaftler Zeev Sternhell radikal gegen die aus Rémonds Perspektive folgende Implikation, dass der Faschismus in Frankreich selbst zunächst randständig gewesen und erst in der Zwischenkriegszeit von außen importiert worden sei. Von einem streng ideengeschichtlichen Faschismusbegriff ausgehend, beschrieb Sternhell den Boulangismus als Variante der links-revolutionären Richtung der französischen Politikgeschichte. Aus deren Verbindung mit einem radikalen Nationalismus habe sich ein neuer, revolutionärer Konservatismus gebildet, der in Abgrenzung zu seinen traditionalistischen Vorläufern als Proto-Faschismus betrachtet werden müsse.<sup>47</sup> In den nachfolgenden Jahrzehnten orientierte sich die geschichtswissenschaftliche Debatte an den beiden Kontrahenten. Dabei nahm William D. Irvine 1989 eine Zwischenposition ein, indem er zwar einerseits den protofaschistischen Charakter des Boulangismus unterstrich, gegen die These des angeblich linken Ursprungs der Bewegung aber auf das enge Bündnis zwischen dem radikalen (d.h. protofaschistischen) Nationalismus und dem traditionellen Konservatismus verwies.<sup>48</sup>

Joly schiebt nun die alte Kontroverse zwischen Rémond und Sternhell, die die Boulangismus-Forschung jahrzehntelang beherrschte, als „pugilat d’aveugles“ zur Seite. Zwei Autoren „plus essayistes qu’historiens“, hätten den „humble labeur du chercheur“ gescheut und daher die Chance vertan, ihre vorgefassten Thesen kritisch an der historischen Empirie zu prüfen.<sup>49</sup> Das mag richtig sein, doch ist die Frage nach der Einordnung des Boulan-

46 René Rémond: *Les Droites en France*. 4. Aufl., Paris 1982, S. 150.

47 Zeev Sternhell: *La Droite révolutionnaire, 1885–1914. Les origines françaises du fascisme*. Paris 1978. Vgl. dazu kritisch Steven Englund: *Antisémitisme, boulangisme et nationalisme fin de siècle: l’impasse Zeev Sternhell*. In: Serge Berstein/Michel Winock (Hrsg.): *Fascisme français? La controverse*. Paris 2014, S. 95–118.

48 William D. Irvine: *The Boulanger Affair Reconsidered. Royalism, Boulangism, and the Origins of the Radical Right in France*. New York/Oxford 1989, S. 19 u. passim. Auch in der neuesten Forschung gilt der Boulangismus noch als *foreshadowing* des französischen Faschismus. Vgl. etwa Chris Millington: *A History of Fascism in France. From the First World War to the National Front*. London 2020, S. 4.

49 Joly: *Aux Origines* (wie Anm. 5), S. 18.

gismus in die langfristige Entwicklungsgeschichte der französischen und europäischen Politik damit nicht vom Tisch. Vielmehr verweist diese Debatte auf eine generelle Problematik der Forschung zur politischen Rechten, die keineswegs nur den Boulangismus, sondern eine ganze Reihe von politischen Ereignissen und Bewegungen betrifft.

Wie die Boulangismus-Forschung exemplarisch zeigt, wird die Charakterisierung des Gegenstandes in solchen Forschungszusammenhängen in der Regel durch seine Einbettung in verschiedene ideengeschichtliche ‚Traditionen‘ vollzogen. Die unterschiedlichen Einordnungen ergeben sich dann daraus, ob das vorliegende Phänomen etwa eher in den Konservatismus, (Proto-)Faschismus, Antiliberalismus (oder Illiberalismus), Cäsarismus, Populismus, Autoritarismus, Antiparlamentarismus oder den Rechtsextremismus eingereiht wird. Die augenscheinliche analytische Eindeutigkeit, die eine solche Erklärungsstrategie ermöglicht, hat allerdings einen hohen Preis, da sie die Forschungsdebatte auf abstrakte Definitionsstreitereien und ideengeschichtliche Zuordnungsfragen reduziert und darüber allzu oft die historische Spezifik des Gegenstands aus den Augen verliert.<sup>50</sup>

Die Hervorhebung des antiverbalistischen Elements im Boulangismus trägt – wie oben gezeigt wurde – in zweifacher Hinsicht zu einem anders gelagerten Verständnis dieses polymorphen Phänomens bei: Erstens, indem sie von der narrativen Reduktion des Boulangismus auf langfristige (und normativ gefärbte) ideengeschichtliche Traditionen absieht und stattdessen bei der zeitgenössischen Perspektive ansetzt. Und zweitens, indem sie über die ideologische Programmatik hinaus vor allem die Dimension der rhetorischen und performativen Selbst- und Fremddimensionierung in den Vordergrund rückt.

Eine solche Herangehensweise fördert synchron wie diachron neue und teilweise überraschende Verbindungslinien zutage. Im Kontext des späten 19. Jahrhunderts bildete das antiverbalistische Dispositiv, welches über die Semantik hinaus immer auch bestimmte performative Praktiken und Organisationsformen umfasste, unschwellige Verwandtschaftsbeziehungen zwischen politischen Richtungen ganz unterschiedlicher Couleur – vom

50 Vgl. aus der neueren Forschung Henning Ottmann: *Geschichte des politischen Denkens*. Bd. III.3: *Die politischen Strömungen im 19. Jahrhundert*. Stuttgart 2008, S. 1–57; Klaus von Beyme: *Konservatismus. Theorien des Konservatismus und Rechtsextremismus im Zeitalter der Ideologien 1789–1945*. Wiesbaden 2013, sowie spezifisch zu Frankreich François Huguenin (2013): *Histoire intellectuelle des droites. Le conservatisme impossible*. Erw. Neuauf. Paris 2013.

Anarchismus mit seinem Konzept einer „Propaganda der Tat“<sup>51</sup> über den Boulangismus bis hin zur militanten Frauenbewegung in Großbritannien, die sich um das Motto „Deeds, not Words“<sup>52</sup> formierte. Aus diachroner Sicht fällt dabei auch neues Licht auf die langfristige Entwicklung zeitgenössischer Selbst- und Fremdverortungen im politischen Raum. Einerseits verweist der boulangistische Antiverbalismus auf die Umwälzungen des Revolutionszeitalters, als sich die Vorstellung einer Politik im Modus der Debatte erstmals etablierte und langfristig zum Katalysator kontroverser Aushandlungsprozesse wurde. Andererseits verweist er aber auch in die Zukunft, auf das 20. und 21. Jahrhundert, als die Vorstellung einer sich im ‚bloß Verbalen‘ erschöpfenden Politik an der Wurzel einer ganzen Reihe von Bewegungen stand, die sich durch die Betonung ihrer entschlossenen Tatkraft oder technokratischen Effizienz als Alternative zur sterilen Geschwätzigkeit der politischen Debatte inszenierten.

51 Vgl. im Überblick Philippe Kellermann: *Die Propaganda der Tat. Standpunkte und Debatten (1877–1929)*. Münster 2016; Constance Bantman: *The Era of Propaganda by the Deed*. In: Carl Levy/Matthew S. Adams (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of Anarchism*. Cham 2019, S. 371–388.

52 Vgl. einführend Sophie A. van Wingerden: *The Women's Suffrage Movement in Britain, 1866–1928*. Basingstoke 1999, S. 70–95.